WP-05-567-2 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 29.10.2026

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 567 bis 576:
~~Die große Mehrheit der Polizist*innen in NRW steht fest auf dem Boden unserer Verfassung, schützt sie gegen ihre Feinde und leistet jeden Tag professionelle Arbeit für die Menschen in unserem Land. Gerade weil die Polizei das staatliche Gewaltmonopol ausübt, müssen sich alle Menschen darauf verlassen können, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion fair und respektvoll behandelt zu werden. Zu oft gehört es zur Erfahrung von Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie schneller in polizeiliche Kontrollen oder Maßnahmen geraten als andere. Rassismus und Diskriminierung haben in der Polizei keinen Platz. Wir wollen professionelles Handeln stärken, Probleme ernst nehmen und dort konsequent reagieren, wo Grenzen überschritten werden.~~

Wir erkennen an, dass die Mehrheit der Polizist*innen in Nordrhein-Westfalen tagtäglich verantwortungsvolle und wichtige Arbeit leisten im Sinne eines liberalen und freien Rechtsstaats. Gleichzeitig dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass Rassismus und Diskriminierung auch innerhalb der Polizei existieren und sich nicht allein auf individuelles Fehlverhalten reduzieren lassen. Rassistische Polizeigewalt, institutioneller Rassismus und Racial Profiling sind keine Einzelfälle, die sich durch vereinzelte Fortbildungen beheben lassen. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die sich auch in staatlichen Institutionen widerspiegeln. Wer von Menschen verlangt, der Polizei zu vertrauen, muss dafür sorgen, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt ist. Wir stellen uns gegen Racial Profiling und rassistische Kontrollpraktiken. Niemand darf allein aufgrund von Hautfarbe, zugeschriebener Herkunft oder Sprache häufiger kontrolliert, verdächtigt oder kriminalisiert werden. Wir wollen verdachtsunabhängige Polizeikontrollen, die diskriminierendes Handeln ermöglichen, kritisch überprüfen und dort abschaffen, wo sie strukturelle Diskriminierung begünstigen. Polizeiliche Maßnahmen müssen nachvollziehbar begründet und wirksam überprüfbar sein. Dafür setzen wir uns für eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung rassistischer Polizeipraktiken in NRW ein. Die Ergebnisse müssen öffentlich zugänglich sein und konkrete politische Konsequenzen nach sich ziehen. Wir wollen eine Polizei, die sich nicht selbst kontrolliert. Deshalb fordern wir eine unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestelle außerhalb der polizeilichen Behördenstrukturen, die mit ausreichenden Befugnissen und Ressourcen ausgestattet ist. Sie muss Beschwerden vertraulich entgegennehmen, eigenständig Beweise sichern und Ermittlungen anstoßen können. Menschen, die rassistische Diskriminierung oder Polizeigewalt erfahren, müssen Zugang zu kostenfreier Beratung und rechtlicher Unterstützung erhalten. Polizeiliche Übergriffe dürfen nicht daran scheitern, dass Betroffene Angst vor Gegenanzeigen, fehlender Glaubwürdigkeit oder weiteren diskriminierenden Erfahrungen haben. Bei Todesfällen und lebensgefährlichen Verletzungen durch Polizeieinsätze müssen unabhängige Ermittlungen grundsätzlich sichergestellt werden. Die bloße Zuständigkeit einer anderen Polizeibehörde reicht dafür nicht aus. Wir setzen uns deshalb für eine institutionell unabhängige Stelle ein, die solche Fälle untersucht und die notwendige Transparenz gewährleistet. Rassismus in der Polizei lässt sich nicht allein durch einzelne Schulungen bekämpfen. Wir wollen eine verbindliche, kontinuierliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus undd anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Aus- und Fortbildung aller Polizeikräfte. Dazu gehört auch die kritische Reflexion institutioneller Routinen, diskriminierender Einsatzpraktiken und ungleicher Machtverhältnisse. Betroffene, antirassistische Initiativen und unabhängige Wissenschaftler*inne müssen an der Entwicklung und Evaluation dieser Maßnahmen beteiligt werden. Beschwerdenüber diskriminierendes Verhalten müssen ernst genommen, transparent bearbeitet und bei nachgewiesenen Verstößen mit angemessenen Konsequenzen beantwortet werden. Gleichzeitig

braucht es wirksamen Schutz für Polizeibeamtinnen, die rassistische Strukturen oder Fehlverhalten innerhalb ihrer eigenen Behörde offenlegen. Sicherheit bedeutet mehr als Polizeipräsenz und Strafverfolgung. Gerade Menschen in psychischen Krisen, wohnungslose Menschen und Menschen, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sind, geraten häufig in Situationen, in denen polizeiliches Handeln nicht die passende Antwort ist. Wir wollen deshalb den Ausbau unabhängiger Krisendienste, aufsuchender psychosozialer Hilfen und niedrigschwelliger Beratungsangebote vorantreiben. In psychischen Ausnahmesituationen müssen medizinische und psychosoziale Fachkräfte möglichst frühzeitig eingebunden werden. Deeskalation muss Vorrang vor Zwang haben. Dafür braucht es nicht nur besseres Training für Polizeikräfte, sondern auch eine verlässliche Infrastruktur, die verhindert, dass soziale und gesundheitliche Probleme unnötig zu Polizeieinsätzen werden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen sicher fühlen können unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion, Aufenthaltsstatus. Dafür müssen wir rassistische Polizeipraktiken sichtbar machen, institutionelle Macht begleiten und Betroffene wirksam schützten.